

<p style="text-align: center;">Haushaltsrede der BfH-Fraktion - Ratssitzung am 13.April 2011 Fraktions-Vorsitzender Albert Koch</p>

Herr Bürgermeister Kronauge,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

wie in den vergangenen Jahren wird die BfH einzelne Haushaltspositionen nicht bewerten. Dies ist von den Fraktionsmitgliedern ausführlich in den Rats- und Ausschusssitzungen erfolgt. Bei den Beratungen, mit teilweise emotionsgeladenen Diskussionen, sind eine Reihe von Einsparungen beschlossen worden, wovon ein Teil in 2012 wirksam wird. Dies reicht leider nicht aus um die Haushaltssicherung und die Konsolidierung in 3 Jahren, bzw. den „Nothaushalt“, zu vermeiden. Auch der große Einsatz und die Kreativität der Mitarbeiter im Rathaus konnte dies nicht verhindern. Ihnen und besonders dem Kämmerer möchten wir aber an dieser Stelle für ihre Bemühungen herzlich danken.

Selbst wenn die Frist von 3 Jahren zur Konsolidierung gestrichen werden sollte, wird dadurch die finanzielle Situation der Stadt Hallenberg dauerhaft nicht verbessert.

Auch der Bund der Steuerzahler sagt im Übrigen deutlich, dass die Schieflage vieler kommunaler Haushalte darauf zurück zu führen ist, dass die immer und immer wieder angekündigte „Gemeindefinanzierungsreform“ bisher nicht beschlossen wurde. So wird zwangsläufig, mit fast boshafter Regelmäßigkeit, die Kreisumlage erhöht. Dabei werden gleichzeitig aber die Schlüsselzuweisungen vom Kreis reduziert, und es erfolgt eine Verschiebung zu Gunsten der kreisfreien Städte. Die Zuweisungen an Hallenberg sind innerhalb der letzten 2 Jahre von rd.1.5 Mio. auf EURO 40.000,-- vermindert worden. Der Stadt fehlen allein dadurch rund 1,4 Millionen.

An dieser Stelle darf ich – wie im vorigen Jahr - daran erinnern, dass sie meine Kolleginnen und Kollegen im Rat doch zum Teil gute Kontakte zu ihren Abgeordneten im Bund, im Land und im Kreis haben. Jetzt sind sie ganz besonders gefordert, diese Verbindungen auch für positive Veränderung zum Nutzen der Stadt, einzusetzen. Aktuelles Beispiel ist der Aktienbestand der RWE, der viele Millionen Euro beträgt. Durch die Beteiligungen der RWE im AKW Bereich werden auf längere Sicht gesehen, die Kurse fallen. Ein Verkauf zum bestmöglichen (u.U. letztmöglichen) Zeitpunkt brächte für den Kreis neue Handlungsspielräume; unter anderem für eine Reduzierung der Kreisumlage. Durch den möglichen Wegfall der Gewinne aus den abgeschriebenen AKW und den notwendigen Investitionen in das Stromstreckennetz werden bei RWE, betriebswirtschaftlichen Regeln folgend, auch die Dividenden geringer, wenn nicht gar ganz, ausfallen.

Die BfH besteht mit Entschiedenheit darauf, dass die Verwaltung alle Möglichkeiten ausnutzt, die sich durch die Reduzierung der „Einwohnerschwellenwerte“ auf 20.000 Personen ergeben. Hallenberg, Meldebach und Winterberg haben rund 26.000 Einwohner und nun die Chance zu aufgabenunabhängigen Kooperationen. Dazu gehört unter anderem auch eine externe interkommunale Untersuchung im Bereich der Bauhöfe.

Nach unserem Selbstverständnis muss es auch Aufgabe der Stadt sein, dabei zu helfen, dass die Energiekosten für den einzelnen Bürger bezahlbar bleiben.

Unser wichtiges Ziel, eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien zu erreichen, gilt daher unverändert. Im Hinblick auf eine größere Windkraftnutzung bitten wir die Verwaltung um eine Auflistung städtischer Flächen, die zur Aufstellung von Windkraftträdern geeignet sind,

Gegenstand ausführlicher Erörterungen muss danach die dem Regionalrat in Arnsberg vorliegende Machbarkeitsstudie „ Erneuerbare Energien“ werden. Welche Erkenntnisse können daraus für Hallenberg gewonnen werden?

Die jetzt zur Diskussion stehende Bürgersolaranlage kommt nach unserer Auffassung zu spät. Bei den immer geringer werdenden Einspeisungs-Vergütungen ist die vorgesehene „Schadensbegrenzung“ aber überfällig.

Nach dem vom Bürgermeister am 22.2. erwähnten Referat von Professor Junkernheinrich „Haushaltsausgleich und Schuldenabbau- der schwierige Weg zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie in NRW“ sollten die Kommunen in 10 Jahren ausgeglichene Haushalte vorweisen können. Dies auch vor dem Hintergrund der ab 2020 vorgesehenen allgemeinen Schuldenbremse.

Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die Stadt die von der Bezirksregierung angebotene Beratung annehmen wird. Selbst wenn dadurch für die kommenden Jahre weitere Belastungen für die Bürger nicht auszuschließen sind und man sich unter Umständen von - wie es Herr Kronauge formulierte - „liebgewordenen Standards verabschieden muss“. Um eine dauerhafte Konsolidierung unserer Finanzen zu erreichen, und um nicht alles den nachfolgenden Generationen aufzubürden, würden wir die dazu notwendigen Maßnahmen unterstützen.

Dabei werden wir uns nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Bürger frühzeitig und umfassend in alle Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Die BfH hat zum Etat 2011, nach ausführlichen Diskussionen, derzeit keine wirklichen, insbesondere finanziellen Alternativen gesehen. Wir stimmen daher dem Haushalt - wenn auch mit Bauchschmerzen - in der vorgelegten Form zu.

Zum Schluss darf ich sagen, dass die Zusammenarbeit im Rat – auch bei kontroversen Themen und unterschiedlichen Ansichten – unverändert von gegenseitigem Respekt und dem Willen, das Beste für unsere Stadt zu erreichen, getragen war.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit